

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.11.2022

Inhalt

EWN

1 Klimastiftung soll Namen der Unternehmen nennen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.11.2022</i>	3
2 Wie Transmutation die Suche nach einem Atommüll-Lager verändern könnte <i>Handelsblatt, 25.11.2022</i>	4

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.11.2022 | S. 6

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT WEIST KLAGE ZURÜCK

Klimastiftung soll Namen der Unternehmen nennen

80 Firmen waren an der Fertigstellung von Nord Stream 2 beteiligt. Bundesverfassungsgericht hat Klage der Stiftung abgewiesen.

Die umstrittene Klimastiftung MV muss die Namen der am Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligten Unternehmen preisgeben.

Betroffen sind etwa 80 Firmen, die Ende 2021 als Lieferanten und Dienstleister an der von US-Sanktionen bedrohten Fertigstellung der Ostseepipeline beteiligt waren. 30 Prozent von ihnen (etwa 20 Unternehmen) haben nach Angaben der Stiftung ihren Sitz in MV. „Leider hat das Bundesverfassungsgericht unsere Beschwerde nicht angenommen. Das bedauern wir sehr. Wir werden nun entgegen unserer festen Überzeugung die Namen auch vieler Unternehmen aus MV nennen müssen“, sagte Stiftungsvorstand Erwin Sellering (SPD) am Donnerstag in Schwerin. Aus seiner Sicht haben die Unternehmen sich nichts vorzuwerfen, sie hätten rechtmäßig gehandelt.

Die Zeitungen „Die Welt“ und „Bild“ hatten die Nennung der Namen gefordert und waren hierfür vor Gericht gezogen. Sowohl das Landgericht Schwerin als auch das Oberlandesgericht in Rostock hatten eine Auskunftspflicht der Stiftung festgestellt. Die Stiftung zog deshalb Ende Oktober mit einer Verfassungsbeschwerde vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Das Gericht lehnte jedoch eine Entscheidung ab. Damit habe sich auch der Eilantrag erledigt, so ein Gerichtssprecher.

Die Firmen bereiten sich nun auf die Bekanntgabe der Namen vor. Die Stiftung habe bereits Kontakt mit ih-

nen aufgenommen und sie über die bevorstehende Offenlegung ihrer Namen informiert. „Für uns ist es vorbei“, sagte Sellering. Um eine Offenlegung zu verhindern, hatte die Stiftung ein Zwangsgeld von 3000 Euro bezahlt. Die nächste Eskalationsstufe im Rechtsstreit wäre eine Zwangshaft. Die Firmennamen will die Stiftung am Freitag bekanntgeben. Es handelt sich unter anderem um Firmen, die auf Wasserbau, Montage- und Schweißarbeiten spezialisiert sind.

Stiftungsvorstand Sellering befürchtet nun, dass den am Bau der Pipeline beteiligten Firmen Nachteile entstehen. Es bestehe die Gefahr, dass andere Unternehmen keine Verträge mehr mit den Firmen abschließen, so Sellering. „Das wollten wir unbedingt verhindern.“ Insgesamt schloss der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb der Klimastiftung Verträge im Umfang von 165 Millionen Euro.

Über dieses Konstrukt sollte die Pipeline fertiggestellt und Firmen vor drohenden US-Sanktionen geschützt werden. Die Nord Stream 2 war dann auch Ende 2021 betriebsbereit, erhielt aber nie eine Zertifizierung. Mit den Sabotageanschlägen im Herbst wurde ein Strang der Nord Stream 2 zerstört.

Der lange Gang durch die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht sei auch wegen der in den Verträgen festgeschriebenen Geheimhaltungsvereinbarungen notwendig gewesen, so Sellering.

ENERGIEVERSORGUNG**Wie Transmutation die Suche nach einem Atommüll-Lager verändern könnte**

Mithilfe neuer Techniken lässt sich die Radioaktivität reduzieren. Die Grünen lehnen dies ab, die FDP zeigt sich offen.

Für Guido Houben ist die Sache klar: Mittels Transmutation könnte die Radioaktivität von Atommüll „erheblich reduziert“ werden, schwierige Spaltprodukte wie Jod 129 oder Technetium 99 würden entschärft. Houben ist einer der Köpfe des schweizerischen Start-ups Transmutex, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Technologie so schnell wie möglich in industriellem Maßstab anzuwenden. Mit dem Begriff „Transmutation“ wird ein Umwandlungsprozess bezeichnet, bei dem ein chemisches Element in ein anderes verwandelt wird. Weltweit wird an Konzepten gearbeitet, das Gefahrenpotenzial radioaktiver Abfälle durch Transmutation zu verringern.

Im Labor funktioniert die Transmutation bereits. Die Anwendung in großem Maßstab ist nach Überzeugung Houbens zum Greifen nahe. „Wir arbeiten daran, die erste beschleunigergetriebene Anlage spätestens im Jahr 2032 fertigzustellen. Es geht also nicht um Jahrzehnte weiterer Forschungsarbeit“, sagt Houben.

Sein Unternehmen sei bereits in der Konzeptionsphase und auch mit deutschen Zulieferern im Gespräch über den Aufbau von Lieferketten für die Serienproduktion. Einen ersten digitalen Zwilling einer Transmutationsanlage werde man 2024 präsentieren, der erste Spatenstich für den Bau einer Anlage könnte nach Houbens Worten 2028 erfolgen.

Durch die Transmutation werde der Atommüll „deutlich leichter handhabbar“ und bekomme eine „humanere Dimension“, sagt Houben. Es gehe nicht mehr um eine Lagerung des Mülls für Hunderttausende Jahre, sondern nur noch um mehrere Hundert Jahre.

Suche nach Endlagern gestaltet sich schwierig

Houben ist sich sicher, dass sich dadurch ganz neue Perspektiven für die Suche nach einem Endlager für

hochradioaktiven Müll aus den deutschen Atomkraftwerken ergeben. „Die Anforderungen, die an ein Endlager zu stellen wären, könnten neu definiert werden“, sagt Houben. Darin stecke eine große Chance für Politik und Gesellschaft. „Letztlich ließe sich auf diesem Weg vielleicht sogar die Endlagerdebatte befrieden“, ergänzte er.

Die Suche nach einem Endlager gestaltet sich in Deutschland schwierig. Erst vor einigen Tagen war bekannt geworden, dass sie sich noch Jahrzehnte hinziehen könnte. Bis 2031 sollte eigentlich geklärt sein, wo in Deutschland hochradioaktive Abfälle langfristig lagern können. Doch daraus wird nichts, erklärte das Umweltministerium kürzlich. Vielmehr ist davon die Rede, dass sich das Verfahren im ungünstigsten Fall bis 2068 hinziehen könnte.

Die Frage, ob Transmutation zur Lösung des Endlagerproblems beitragen kann, ist nicht unumstritten. Viele Forscher sind offen für die Technologie, etwa Dirk Bosbach, Experte für nukleare Entsorgung am Institut für Energie- und Klimaforschung des Forschungszentrums Jülich. Die Transmutation sei ein Verfahren, „das man im Auge behalten sollte“, sagt Bosbach. „Bei der tiefengeologischen Endlagerung, für die Deutschland sich entschieden hat, ist eine der Herausforderungen, die hochradioaktiven Abfälle für einen Zeitraum von einer Million Jahre sicher einzuschließen.“

Das sei „ohne Frage nicht einfach, aber machbar“. Durch Transmutation könnten langlebige Radionuklide in kurzlebige Radionuklide umgewandelt werden. „Das könnte dazu führen, dass die Anforderungen, die an die Endlagerung zu stellen sind, weniger hoch werden“, sagte er.

Noch Jahre an Entwicklungsarbeit nötig

„Start-ups, die sich mit dem Thema befassen, sind eine Bereicherung. Sie gehen anders vor als klassische Forschungszentren“, ergänzte der Wissenschaftler. Möglicherweise könnten sie dazu beitragen, bestimmte Entwicklungen zu beschleunigen. Eine im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) entstandene Analyse kommt zu dem Ergebnis, die für die Transmutation erforderlichen Anlagen stünden „nicht im großtechnischen Maßstab zur Verfügung“. Es gehe „also nicht um heute bereits einsatzfähige Technologien“.

Es seien aller Voraussicht nach noch viele Jahrzehnte an Forschungs- und Entwicklungsarbeit erforderlich. Aus Sicht der Befürworter ist diese Aussage zu hinterfragen, da wesentliche Teile der Forschungsarbeit bereits geleistet seien. Allerdings kann die Transmutation in Deutschland ohnehin nur dann ein Thema werden, wenn die Politik mitzieht. Das sieht auch Houben von Transmutex so. „Natürlich sind wir in Deutschland wesentlich davon abhängig, wie sich die politische und gesellschaftliche Debatte entwickelt“, sagt er. Technologie, Finanzierung und Genehmigungsverfahren seien „relativ absehbar“. Entscheidend sei am Ende der politische Wille.

Doch die Ampelkoalition ist in dieser Frage zerstritten.

Die Grünen lehnen die Technologie ab. Transmutation sei „keine Option zur Lösung des Atommüllproblems“, sagt Stefan Wenzel, parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. „Einigen Nukliden mit verkürzten Halbwertszeiten stünden deutlich größere Mengen Abfall mit etwas niedrigeren Halbwertszeiten gegenüber. Die Jahrhundertaufgabe der Endlagersuche bliebe ohnehin bestehen“, gibt Wenzel zu bedenken.

Dagegen stehen FDP-Politiker wie Michael Kruse, der energiepolitische Sprecher seiner Fraktion im Bundestag, der Technologie offen gegenüber: „Wissenschaftlicher Fortschritt in der Kerntechnik hat das Potenzial, die Jahrhundertaufgabe der Endlagerung zu beschleunigen und zu vereinfachen“, sagt er. Es bestünden gute Chancen, mittels innovativer Technologien Erfolge bei der weiteren Verwertung der Spaltprodukte zu erzielen. „Transmutation ist dabei ein interessanter Ansatz, der technologieoffen erforscht und ergebnisoffen weiterverfolgt werden sollte“, sagt Kruse.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

„Transmutation ist keine Option zur Lösung des Atommüllproblems.“ - Stefan Wenzel, Grünen-Politiker